

# Jahresbericht

## Südostasien 2009



### Chiang Mai und Phnom Penh, 2009

#### Regionalbüro Südostasien

##### Jost Pachaly (Büroleiter)

91/9 Mu 14, Ban Mai Lang Mor Soi 1  
Suthep Road, A. Mueang  
Chiang Mai 50200 – Thailand  
+66-53-810430/32

#### Länderbüro Kambodscha

##### Katrin Seidel (Büroleiterin)

#34, Street 222  
Sangkat Boeung Raing  
Khan Daun Penh  
P.O. Box 1436  
Phnom Penh – Kambodscha  
+855-23-210535

#### Inhalt

<b>1. Thailand</b> .....	<b>2</b>
Medienpolitik	
Geschlechterpolitik	
Energie- und Klimapolitik	
<b>2. Myanmar/Burma</b> .....	<b>3</b>
Politische Entwicklungen	
Internationale Beziehungen	
<b>3. Kambodscha</b> .....	<b>4</b>
Kambodscha 2009: same same but different?	
Internationale Beziehungen	
Umwelt- und Ressourcenpolitik	
Geschlechterdemokratie	

# 1 Thailand

## Medienpolitik

Im Jahr 2009 gab es nach langem Stillstand mit der Amtsübernahme des jetzigen Premierministers Abhisit einige Bewegung im Bereich Medienreform in Thailand. Obwohl Abhisit, der im Dezember 2008 das Amt des PM übernahm, nach wie vor nicht durch Wahlen legitimiert ist, gelang es ihm, eine gewisse innenpolitische Stabilität herzustellen. Bezogen auf die Medienpolitik waren im letzten Jahr vor allem zwei Gesetzesänderungsentwürfe interessant: der zur Einrichtung einer unabhängigen Medienagentur und der zur temporären Lizenzvergabe für Gemeinderadios. Beide werden derzeit im Parlament diskutiert. Sollten sie verabschiedet werden, ist ein wichtiger Zwischenschritt in Richtung freie und unabhängige Medien in Thailand getan. Anbieter alternativer Medien, wie die Gemeinderadios, würden durch die temporäre Lizenzierung legal abgesichert und würden so zu einer pluralistischeren Medienlandschaft beitragen.

Die Gesetzesänderungen wurden über ein Amendment zur Bill on the Organization to Assign Radio Frequency Spectrum and Regulate the Broadcasting and Telecommunication Services B.E.2543 (2000) eingebracht und befinden sich derzeit im letzten Prüfstadium. Es wird erwartet, dass sie Anfang 2010 im House of Representatives vorgelegt und diskutiert werden. Mindestens 20 Prozent der Medien müssen für die Gemeinderadios reserviert sein. Es wurde allerdings schon von diversen anderen Sektoren Bedarf angemeldet, so dass man sich auf eine lang anhaltende Debatte und harte Verhandlungen um Frequenzen und Ressourcen einstellt.

Den Gemeinderadios ist es 2009 somit noch nicht gelungen, sich mit temporären Lizenzen abzusichern. Die National Telecommunication Commission (NTC) hat allerdings inzwischen Kriterien definiert, die bei der Lizenzvergabe zur Anwendung kommen sollen. Bewerbungen konnten von Juli bis August 2009 eingereicht werden. Insgesamt haben so 6.521 Radiostationen schriftlich ihr Interesse an einer Lizenz bekundet. Davon qualifizieren sich 130 als „echte“ nicht-kommerzielle Gemeinderadios. Der leicht rückläufige Trend (2007 waren es 158) spiegelt die Herausforderungen wider, denen echte Gemeinderadios gegenüberstehen. Ohne legale Absicherung, klare Definitionskriterien und ausreichende Ressourcen werden sich echte Gemeinderadios nur schwer gegen andere Anbieter durchsetzen können. Zudem sind Gemeinderadios nach wie vor großer Skepsis staatlicher Stellen ausgesetzt. Sie unterliegen weiterhin dem Verdacht, bestimmten Oppositionsgruppen zugeordnet zu sein und von diesen zur Mobilisierung der Massen eingesetzt zu werden. Einige Radiostationen werden eng von staatlichen Behörden überwacht und haben Abmahnungen erhalten.

## Geschlechterpolitik

Geschlechterungleichbehandlung existiert nach wie vor in vielen gesellschaftlichen Sphären in Thailand. Eines der Ziele des Thai National Women's Development Plan in the 10th National Economic and Social Development Plan B.E.2550-2554 (2007-2011) besteht deshalb in der Änderung gesellschaftlicher Wahrnehmung von verschiedenen Geschlechterrealitäten. Die Rolle der Medien wurde diesbezüglich herausgestellt. Diese sollen vorrangig die Rechte der Frauen stärken, positive und progressive Frauenrollen porträtieren und die Gewalt gegen Frauen eindämmen helfen. Gerade zum letzten Thema arbeiten Frauenverbände und die Mainstream Medien sichtbar zusammen, beispielsweise entwickeln sie spezielle Medienformate im Fernsehen. Zumeist werden Frauen in den abendlichen Fernsehsendungen, wie den beliebten Serien, allerdings nach wie vor stark in ihrer vermeintlichen Abhängigkeit von Männern dargestellt. Insofern festigen die zum Großteil männlichen Medienmacher Stereotype anstatt sie aufzuheben.

Diskussionen zur Rollenaufteilung im Haushalt, bei der Kindererziehung oder in sexuellen Beziehungen werden kaum aus einer progressiven Geschlechterperspektive geführt. Eine von der Family Network Foundation unterstützte Studie zu Alleinerziehenden in Thailand aus dem Jahr 2008 zeigte, dass 73 Prozent der Alleinerziehenden Frauen waren, die sich ohne Unterstützung der Männer um die Erziehung der Kinder kümmern. Laut einer Statistik des National Statistical Office handelt es sich bei 10 Prozent aller thailändischen Haushalte um Alleinerziehende. Die Dunkelziffer liegt allerdings vermutlich wesentlich höher, da es nicht üblich ist, Hochzeiten und Scheidungen offiziell zu registrieren. Auf Grund schwieriger technokratischer Prozesse klagen allein erziehende Mütter kaum die Anerkennung der Vaterschaft sowie eine Unterstützung durch die Väter ein. Und dies obwohl entsprechende gesetzliche Regelungen im thailändische Familienrecht existieren. Insofern muss die momentane Gesetzgebung auf einen Prüfstand gestellt werden, um eine geschlechtergerechte Lösung zu finden.

## Energie- und Klimapolitik

In der Energiepolitik Thailands steht zu Beginn 2010 eine Revision des Nationalen Energieplans an. Insofern war das Jahr 2009 hier durch vorbereitende Maßnahmen gekennzeichnet. Ein revidierter Plan liegt somit bereits vor, muss allerdings noch den Gesetzgebungsprozess durchlaufen. Der neu zu verabschiedende Power Development Plan (PDP) wird die Energieversorgung des Landes von 2010 bis 2030 absichern. Interessanterweise

Südostasien 2009

trägt der Nationale Energieplan das Label „green PDP“ und suggeriert damit mehr Umweltfreundlichkeit als er tatsächlich beinhaltet. Trotzdem spiegelt sich darin auch der erfolgreiche Druck der thailändischen Zivilgesellschaft wider, die auch 2009 gegen Energiegroßprojekte wie Kohle- und Wasserkraftwerke protestierte und sich für einen erhöhten Anteil an Erneuerbaren Energien im PDP stark machte. Vor allem die vermehrte Energieerzeugung durch Kleinst- und Kleinproduzenten Erneuerbarer Energien (VSPP und SPP) hat dazu beigetragen, dass EE im PDP fest verankert sind. Weitere Erfolge sind die Integration von Demand Side Management (DSM) sowie Kraft-Wärme-Kopplung im PDP.

Begrüßt wird, dass die atomare Kapazität 2009 von 4.000 MW auf 1.000 MW nach unten korrigiert wurde. Umso enttäuschender ist es allerdings, dass auf die Erzeugung von Nuklearenergie nicht ganz verzichtet wird. Gerade die niedrige Kapazität macht das Einführen von Nuklearenergie unwirtschaftlich. Eine endgültige Entscheidung zur Einführung von Atomstrom wird ebenfalls im Jahr 2010 fallen. 2009 hat die US-amerikanische Firma Burn & Roe im Auftrag der thailändischen Regierung eine Machbarkeitsstudie durchgeführt, deren Ergebnisse sie Mitte 2010 vorlegen wird.

EGATs Energiemonopol ist nach wie vor ungebrochen. Inzwischen nimmt allerdings die neu gegründete Energieregulierungsbehörde zunehmend spürbar ihre Arbeit auf. Unter anderem zeigen sie Interesse am von unserer Partnerorganisation Palang Thai eingebrachten Integrated Resource Planning (IRP) Framework. Zudem hat der juristische Sieg zivilgesellschaftlicher Vertreter im Maptaphut Fall sichergestellt, dass soziale und ökologische Fragestellungen bei der Planung und Umsetzung von industriellen Großprojekten nicht einfach ignoriert werden können. Im Fall Maptaphut hatte ein Zusammenschluss des Sustainable Energy Networks, von Umweltanwälten und weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen gegen die Industrial Estate Authority of Thailand (IEAT) erfolgreich geklagt und diese beschuldigt, die im Investitionsverfahren vorgesehenen gesundheitsrelevanten Prüfverfahren nicht anzuwenden. Mit diesem Gerichtsurteil sind die Rechte der Anwohner wieder stärker in den Blick gerückt.

## **2 Myanmar/Burma**

### **Politische Entwicklungen**

Die Verlängerung des Hausarrests gegen Aung San Suu Kyi um weitere 18 Monate hat zu starken Protesten der internationalen Gemeinschaft geführt. Wieder einmal hat sich die Burmesische Regierung unbeeindruckt gezeigt. Derzeit scheint es, dass Aung San Suu Kyi im November 2010 von ihren Auflagen befreit werden könnte. Mit ihrem Verhalten haben die Generäle wieder einmal ihre Macht über die Opposition demonstriert und wenig Zweifel daran gelassen, dass sich die politische Gesamtkonstellation im Land im Großen und Ganzen nicht so schnell verändern lassen wird.

Zu beobachten ist, dass die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit durch die erwähnten Ereignisse, sowie den angekündigten Wahlen 2010 verstärkt auf Myanmar/Burma gelenkt wird. Die Stimmen von Experten und Opposition im In- und Ausland beurteilen die anstehenden Wahlen sehr unterschiedlich. Teilweise werden die Wahlen gänzlich abgelehnt, weil die Macht der Generäle im künftigen Parlament verfassungsmäßig institutionalisiert wird. Einige sehen in den Wahlen jedoch zumindest eine Möglichkeit für schrittweise Veränderungen. Die Regierung hat zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Wahldatum bekannt gegeben. Im Vorfeld der für 2010 angesetzten Wahlen nutzt die Junta verstärkt jeden Anlass, um Angehörige der politischen Opposition zu verhaften. Spannungen zwischen der Regierung und den (bewaffneten) Organisationen der ethnischen Minoritäten intensivieren sich zudem erneut, da die Junta letztere bereits jetzt in die Rolle von Grenzwachern, die dem Burmesischen Militär unterstellt sind, zurück drängen möchte.

### **Internationale Beziehungen**

Zu beobachten ist, dass die Obama-Administration einen Wandel in der amerikanischen Myanmar/Burma Politik eingeleitet hat. Der Trend liegt im Aufbau eines verstärkten Dialogs mit den Generälen Myanmars/Burmas. Der Kurswechsel wurde durch Treffen und Gespräche hochrangiger US-Regierungsvertreter mit den burmesischen Machthabern im Land bestätigt. Der für die Region Asien-Pazifik zuständige US-Staatssekretär Kurt Campbell und sein Stellvertreter Scott Marciel bekräftigten nach ihrer Myanmar/Burma Reise nochmals die Ziele der neuen Politik, die weiterhin auf die Stärkung der Menschenrechte, Freilassung von Aung San Suu Kyi und allen anderen politischen Häftlingen sowie die Etablierung demokratischer Reformen abziele. Auch die EU schickte eine Delegation nach Myanmar/Burma und kündigte eine Erweiterung ihrer Hilfsprogramme im Land an, die ebenso den Trend des Westens weg von einer Politik der Isolation hin zu einer neuen Politik des Dialogs widerspiegelt.

### 3 Kambodscha

#### Kambodscha 2009: *Same, same but different*<sup>1</sup>?

Kambodschas Politik vollzieht sich in Zyklen oder wie Kritiker meinen in Szenen eines politischen Machttheaters<sup>2</sup>. Perioden der Öffnung und scheinbarer Reformfortschritte stehen konservativen Rückschlägen und repressiven Einschnitten in zivile und politische Rechte gegenüber. In der Einschätzung des vergangenen Jahres sind sich alle Beobachter einig: 2009 war kein gutes Jahr für Demokratie- und Menschenrechte in Kambodscha. Berichte von Human Rights Watch, Amnesty International sowie lokaler Menschenrechtsorganisationen zählen gewaltsame Landenteignungen und Zwangsumsiedlungen, Demonstrationsverbote und die Unterdrückung kritischer Stimmen durch Verhaftungen und Gerichtsprozesse zu den gravierendsten Menschenrechtsverletzungen im letzten Jahr<sup>3</sup>.

Der Rückblick auf 2009 erinnert an die Situation vor vier Jahren. In 2005 wurde der Parteiführer der nach ihm benannten Oppositionspartei, Sam Rainsy, in Abwesenheit zu 18 Monaten Haft verurteilt. Er blieb ein Jahr im Exil während seine Partei die Parlamentsarbeit boykottierte. Dem folgte eine Verhaftungswelle prominenter Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft, die jegliche Opposition gegenüber der Politik des Premierministers Hun Sen eingeschüchterte. Die Ähnlichkeiten sind auffallend. Auch zu Beginn des Jahres 2010 ist der Oppositionsführer nicht im Land. Eine erneute Verurteilung zu zwei Jahren Gefängnis versperrt ihm die Rückkehr nach Kambodscha. Klagen und Haftstrafen lähmen Presse, Opposition und Zivilgesellschaft. Anders als vor vier Jahren sind die Beschuldigten dieses Mal keine prominenten Figuren, die internationale Schlagzeilen machen, sondern lokale Journalisten und Zeitungsverleger, Mitglieder der Oppositionspartei und Mitarbeiter kambodschanischer NGOs, die öffentlich Kritik äußerten.

Die Frage bleibt, dreht sich Kambodschas Entwicklung lediglich im Kreis oder befindet sich das Land auf einer Abwärtsspirale? Die Macht von Premierminister Hun Sen ist nach wie vor unangefochten. Die Netzwerke seiner Cambodian Peoples Party verbindet die Partei mit dem Staat, mit Militär und Polizei. Sie reichen bis in die Wirtschaft und kontrollieren die gesamte kambodschanische Gesellschaft. Daran hat sich in den letzten Jahren wenig geändert.

#### Internationale Beziehungen

Anders allerdings ist der Ton der Regierung gegenüber Kambodschas westlichen Gebern. In 2009 finanzierte eine Rekordsumme an ODA-Mitteln von fast einer Million US Dollar die Hälfte des kambodschanischen Staatshaushaltes. Entwicklungsgelder sind in zweifacher Hinsicht eine wichtige Quelle gesellschaftlicher Legitimation für Kambodschas Regierung. Nicht nur werden mit Hilfe der Entwicklungsdollars in Kambodscha Strassen, Brücken und Schulen gebaut, sie lassen sich auch öffentlich als Ausdruck des Vertrauens der internationalen Gemeinschaft in die Regierung interpretieren. Angesichts fehlender Reformen zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und dem Prinzip der Gewaltenteilung ist in den letzten Jahren anstelle des Vertrauens zunehmend Zweifel am politischen Willen der Regierung getreten. Gleichzeitig ist jedoch durch Kambodschas stärkere Integration in die asiatische Staatengemeinschaft die Legitimation durch den Westen für Kambodschas Regierung immer weniger bedeutsam. Die Fassade bröckelt. Im Oktober warnte Premierminister Hun Sen internationale Geber davor, Bedingungen an ihre Unterstützung zu knüpfen. Er fühle sich von multilateralen Banken mehr gegängelt und in seinen Entscheidungen beeinflusst als zur Zeit der vietnamesischen Besetzung<sup>4</sup>. Die Angst vor einem zunehmenden Einflussverlust spaltet die Gebergemeinschaft und schwächt die Erfolgsaussichten westlicher Diplomatie angesichts offensichtlicher Menschenrechtsverletzungen.

#### Umwelt- und Ressourcenpolitik

Entzündet hatte sich der Schlagabtausch von Regierung und Gebern über Landkonflikte und Zwangsumsiedlungen. Fast jede zehnte Bewohnerin der Hauptstadt Phnom Penh musste in der letzten Dekade den Businessinteressen meist ausländischer Investoren weichen und wurde zwangsumgesiedelt<sup>5</sup>. Mehrere informelle städtische Siedlungen wurden in 2009 mit Hilfe von Tränengas und Wasserwerfern geräumt, im Fall der Siedlung

<sup>1</sup> Die Überschrift ist inspiriert vom gleichnamigen Film von Regisseur Detlef Buck der in Kambodscha spielt und sich wiederum einer regionalen Redewendung bedient, die so viel bedeutet wie „gleich und doch anders“.

<sup>2</sup> Heder, Steve (2007) *Political Theatre in the 2003 Cambodian Elections. State, Democracy and Conciliation in Historical Perspective*. In: Strauss, J. C. and Cruise O'Brien, D. B., (eds.), *Staging Politics. Power and Performance in Asia and Africa*. Richmond: I.B. Tauris, pp. 151-172

<sup>3</sup> Human Rights Watch (2010): *World Report 2010. Cambodia Country Summary*.

<sup>4</sup> Rasmei Kampuchea (09.10.2010): *The Head of the Royal Government Warned Donor Countries*. Vol 17, #5016

<sup>5</sup> Sahmakum Teang Tnaut (2009): *Displaced Families: Phnom Penh*. Facts&Figures No.11 April 2009. Phnom Penh.

„Dey Kraham“ direkt vor der Haustür der australischen Botschaft. Im Juni forderten multi- und bilaterale Geber ein Moratorium für Zwangsumsiedlungen. Der international nicht gerade für ihre kritische Haltung bekannten Weltbank kündigte die Regierung daraufhin einen Kredit über 24 Millionen US Dollar für ein Programm zur Registrierung von Landeigentumstiteln.

### **Geschlechterdemokratie**

In einem mutigen Schritt verklagte Mu Sochua, Vorsitzende des Frauenflügels der Sam Rainsy Partei (SRP), Hun Sen wegen Verleumdung, nach dem sich der Premierminister in einer Rede abwertenden über sie geäußert hatte. Die Klage wurde wie erwartet abgewiesen, Mu Sochua jedoch nach einer Gegenklage des Premierministers zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Klage Mu Sochuas stelle, so die Begründung des Gerichts, eine Verleumdung des Premierministers dar. In ihrer Aussage vor Gericht sprach Mu Sochua von einem Angriff auf die Würde aller kambodschanischen Frauen, doch standen nur eine Handvoll bereit, sie zu unterstützen. Mu Sochua selbst erkennt an, dass die Politisierung der Debatte dem Kampf um Geschlechtergerechtigkeit in Kambodscha keinen Dienst erwiesen hat: „my voice kills the movement“<sup>6</sup>. Es fällt jedoch schwer, von einer kambodschanischen Frauenbewegung zu sprechen. In Kambodscha wurde durch den Einfluss ausländischer Geberrhetorik der Schritt fast vollständig übersprungen und Organisationen sind mit der Implementierung von Gendermainstreamingprogrammen befasst. Das Mantra der Programme ist mehr Weiterbildung für Frauen. Der Widerspruch zwischen dem im regionalen Vergleich hohen Anteil werktätiger Frauen (71 Prozent)<sup>7</sup> und ihrer geringen politischen Repräsentation wird mit einem Mangel an Kenntnissen und der naturgemäßen Zurückhaltung von Frauen erklärt. Geschlechterdiskriminierung wird weder von RegierungsvertreterInnen noch von der Zivilgesellschaft thematisiert.

---

<sup>6</sup> New York Times (22.02.2010): *Crusader Rowing Upstream in Cambodia*.

<sup>7</sup> Ministry of Women' Affairs (2008): *A Fair Share For Women*. Cambodia Gender Assessment. Phnom Penh.